



**Herzlichen
Glückwunsch
unserem
ersten
Landrat
Robert
Sesselmann!**

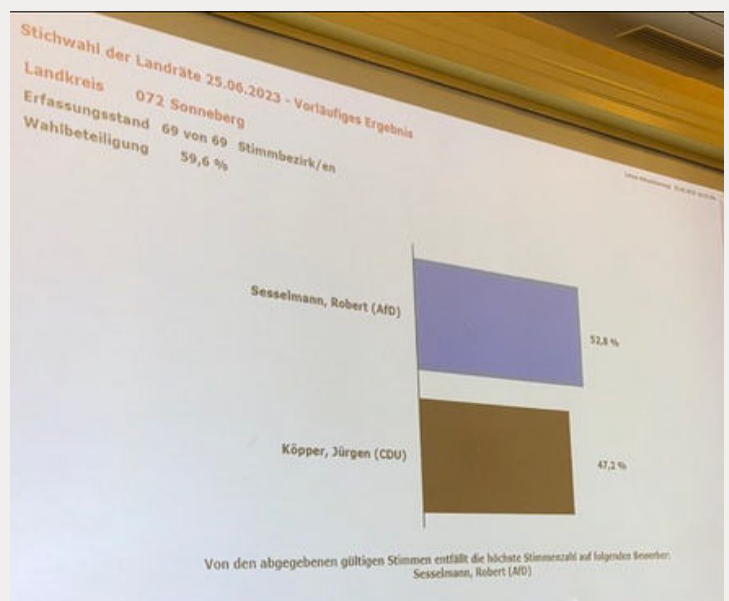
... und viele werden folgen!

52,8%

AfD

Stephan Brandner

"Wir sind Landrat!"



Sanierung der Alten Parteischule und der Defensionskaserne kommt: Haushaltsausschuss hat heute 150.000 und 190.000 Euro dafür genehmigt (21.06.2023)

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner zeigte sich heute nach der Sitzung des Haushaltsausschusses erfreut, dass die Landeshauptstadt Erfurt in seinem Betreuungskreis insgesamt 340.000 Euro zur Sanierung der Alten Parteischule und der Defensionskaserne Petersberg aus dem Bundesprogramm „Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“ erhalten wird.

Stephan Brandner: „Die AfD-Bundestagsfraktion unterstützt das Förderprogramm „Zuschüsse für national bedeutsame Kulturinvestitionen“. Von den zahlreich eingereichten Vorschlägen wurden 162 von der Regierungskoalition zur Abstimmung vorgelegt. Daher freue ich mich außerordentlich, dass die beiden Objekte in Erfurt zu den 162 bezuschussten Kulturdenkmälern gehören.“

Urteil zu Rechtswidrigkeit des Versammlungsverbots kommt zu spät (21.06.2023)

Das Bundesverwaltungsgericht hat heute entschieden, dass das völlige Verbot von Versammlungen zu Beginn der Corona-Pandemie im April 2020 unverhältnismäßig war. Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, mahnt an, dass dieses Urteil zwar inhaltlich erfreulich sei, aber viel zu spät käme.

„Heute nutzt es keinem mehr, wenn das Gericht entscheidet, dass die vollkommen überzogenen Coronamaßnahmen vor über drei Jahren Unrecht waren. Als AfD haben wir diesen Missstand schon damals angeprangert und aktiv gegen die massive Untergrabung der Grundrechte protestiert. Wir fanden kaum Gehör und mussten uns die Hämme der Altparteien anhören. Die massiven Einschränkungen der Grundrechte werden nun nach und nach als Unrecht identifiziert und es stellt sich heraus, dass wir als einzige politische Kraft die Dramatik erkannten. Immer mehr Menschen erkennen nun, dass wir als AfD mit beiden Füßen fest auf den Werten des Grundgesetzes stehen und vor allem die Grundrechte gegen alle Widerstände verteidigen.“



Fast halbe Million Euro für Transport Selenskyjs nach Berlin ist untragbar (19.06.2023)

Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine schriftliche Anfrage (5/288) des parlamentarischen Geschäftsführers der AfD-Bundestagsfraktion, Stephan Brandner, geht hervor, dass der Besuch des ukrainischen Präsidenten Selenskyj in Berlin im Mai dieses Jahres den deutschen Steuerzahler eine knappe halbe Million Euro gekostet hat. Die Kosten ergeben sich aus der Nutzung des eingesetzten Transportluftfahrzeugs sowie der Eurofighter-Eskorte. Die Frage, ob in der Vergangenheit Staatspräsidenten häufiger mit diesem Aufwand nach Deutschland eingeflogen wurden, konnte die Bundesregierung nicht beantworten. Sichergestellt werden könne, dass seit dem 1. April 2021 keine entsprechenden Einflüge stattfanden.

Stephan Brandner kritisiert die enormen Kosten und weist darauf hin, dass in Zeiten von Videokonferenzen und Telefon genau geprüft werden müsse, ob sechsstellige Beträge für Besuche wirklich notwendig sind:

„Deutschland befindet sich in einer angespannten Wirtschaftslage. Wohin man schaut, klaffen Löcher in den öffentlichen Haushalten. Selbstverständlich sind Besuche ausländischer Gäste stets mit Kosten verbunden. Diese sollten sich aber im Rahmen halten. Wenn die Bedrohungslage eines Staatsoberhauptes seinen Besuch nur unter derartigen Schutzmaßnahmen ermöglicht, sollte von einem Besuch abgesehen werden. Der Dank des ukrainischen Präsidenten für die hohen Zuwendungen Deutschlands hätte besser aus der Ferne übermittelt werden sollen, statt den Steuerzahler noch zusätzlich zu belasten.“



**STEPHAN
BRANDNER**

Aktuelle Videos

Wir können Kanzler!

5 Fragen - 5 Antworten

Folge 223



Solche Chaoten haben wir nicht ansatzweise in unseren Reihen!

(Pressekonferenz in Berlin)

Unglaublich! 316 Millionen Euro für Menstruationshygiene weltweit

(Gute Fragen - Schlechte Antworten)



Aktuelle Videos

**Eine politische Triebtäterin im
deutschen Institut für
Menschenrechte**
(Rede im Bundestag)



Die grüne Diktatur
(Rede im Bundestag)

Jetzt gilt es!
Stephan Brandner im Wahlkampfendspurt in
Sonnenberg



Aktueller Podcast



Keine Angst vor Schlapphüten!

BRAND(NER) AKTUELL

Folge 13

Oder auch hier:

Apple:

<https://podcasts.apple.com/us/podcast/mi%C3%9Ftrauensvotum-gegen-scholz-habeck-und-co-brand-ner/id1680346167?i=1000614740744>

Google:

<https://podcasts.google.com/feed/aHR0cHM6Ly9hbWNoY3luZm0vcy9kZGZhNTgyNC9wb2RjYXNOL3Jzcw>

Amazon Music:

<https://music.amazon.com/podcasts/8c238535-9297-456d-be54-df7237c2c58e/brandner-aktuell-der-sonntagspodcast-mit-dem-afdbundestagsabgeordneten-stephan-brandner>

Spotify:

<https://open.spotify.com/episode/2uJ0jMQZNBAY5GiHANISV>



**STEPHAN
BRANDNER**

5

Brandners Bericht aus Berlin

Mittwoch, 21. Juni 2023

Aktuelle Stunde zur Rentenanpassung Ost/West

Bereits ein Jahr früher als geplant wird die Rentenanpassung Ost/West erfolgen – zum Juli 2023. Dies nahmen die Ampelfraktionen zum Anlass für eine Aktuelle Stunde im Parlament. Einigkeit herrschte zwischen den Fraktionen darüber, dass diese Angleichung längst überfällig war. Bei der Frage, wie das Rentensystem zukunftsfähig werden soll, gingen die Meinungen wiederum weit auseinander.

Ulrike Schielke-Ziesing (AfD) äußerte ihre Zweifel, ob es für die Tatsache, dass erst ab Juli 2023 „die Deutsche Einheit Ost und West auch rententechnisch vollzogen“ sei, eine Aktuelle Stunde gebraucht hätte. Rentner würden in Deutschland eine „systematische und strukturelle Benachteiligung“ erfahren, mahnte sie. Schließlich würde zunächst die Inflation steigen, dann mit einiger Verzögerung die Einkommen und nach einer Zeit die Renten. Die höheren Preise würden Rentner allerdings direkt spüren. Auch ein Rentenniveau von 48 Prozent sei „ruinös niedrig“.

Debatte über Regeln der deutschen Sprache und Gendern

Der Bundestag hat über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Beschluss des Thüringer Landtags aufgreifen: Regeln der deutschen Sprache einhalten – Keine politisch motivierte Verfremdung der Sprache durch Gendern“ beraten. In dem Antrag heißt es unter anderem, dass eine „deutliche Mehrheit von etwa zwei Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland [...] die Einführung einer sogenannten Gendersprache“ ablehne. Die Verwendung der sogenannten Gendersprache sei „Ausdruck einer ideologischen Auffassung, die das biologische Geschlechtersystem von Männern und Frauen“ infrage stelle. Veränderungen der Sprache, so heißt es weiter, setzten sich dann durch, „wenn sie von der überwiegenden Mehrheit der Sprechenden allgemein verstanden und akzeptiert werden“. „Davon kann angesichts der fehlenden Akzeptanz der Gendersprache in der Bevölkerung jedoch keine Rede sein.“ Die AfD-Fraktion fordert den Bundestag deshalb dazu auf, „dass in der parlamentarischen Dokumentation des Bundestags, in seinem internen und externen Schriftverkehr, in seinen Veröffentlichungen und Publikationen sowie seiner Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich des Besucherdienstes, keine grammatisch falsche Gendersprache verwendet wird“. Wie die Abgeordneten in der Vorlage ausführen, ist der „Inhalt des Antrages sinngemäß und weitgehend wortgleich“ aus einer Drucksache des Thüringer Landtages entnommen worden. Die Vorlage war seinerzeit von der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eingebracht worden und im November 2022 in namentlicher Abstimmung angenommen worden.

Donnerstag, 22. Juni 2023

Deutsches Institut für Menschenrechte abschaffen

Die Abgeordneten des Bundestages haben einen Gesetzentwurf der AfD-Fraktion „zur Aufhebung des Gesetzes über die Rechtsstellung und Aufgaben des Deutschen Instituts für Menschenrechte“ (DIMR) beraten. Die AfD-Fraktion will damit das Deutsche Institut für Menschenrechte in Berlin als unabhängige nationale Institution der Bundesrepublik zur Information der Öffentlichkeit über die Lage der Menschenrechte im In- und Ausland abwickeln.

Zur Begründung schreibt die Fraktion, das DIMR habe den eigenen Anspruch der politischen Neutralität aufgegeben und widme sich „der politischen Diffamierung der demokratischen Opposition im Deutschen Bundestag, der Alternative für Deutschland“. Das Institut habe sich „unabhängig von seinem gesetzlich normierten Auftrag“ zur Aufgabe gemacht, Wähler, Sympathisanten, Mitglieder und Mandatsträger der AfD zu diskreditieren. In Krisenzeiten könne es sich das Land nicht leisten, „Vereine, die sich der populistischen Propaganda zu Ungunsten der Opposition widmen“, großzügig finanziell zu fördern. Das DIMR war 2001 auf Grundlage eines einstimmigen Bundestagsbeschlusses ins Leben gerufen worden.



STEPHAN
BRANDNER

Brandners Bericht aus Berlin

Antrag zum Schutz der Bevölkerung vor potenziellen Terroristen

Der Bundestag hat einen Antrag mit dem Titel „Terroranschläge verhindern – Zum Schutz unserer Bevölkerung entschiedener gegen potenzielle Terroristen vorgehen“ beraten.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert darin von der Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zum Schutz gegen potenzielle Terroristen. Sie dringt unter anderem auf eine Vorratsspeicherung von IP-Adressen. In den letzten Jahren habe die Hälfte aller Terroranschläge in Deutschland nur aufgrund von Hinweisen ausländischer Nachrichtendienste verhindert werden können, schreibt die Fraktion in der Vorlage. Spätestens jetzt müsse „klar sein, dass wir zur Verhinderung terroristischer Straftaten nicht größtenteils von Hinweisen von Behörden befreundeter Staaten abhängig sein dürfen, sondern im Einklang mit dem EuGH-Urteil vom 20. September 2022 ‚zum Schutz der nationalen Sicherheit, zur Bekämpfung schwerer Kriminalität und zur Verhütung schwerer Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit für einen auf das absolut Notwendige begrenzten Zeitraum eine allgemeine und unterschiedslose Vorratsspeicherung der IP-Adressen brauchen‘“. Thomas Seitz kritisiert in seiner Rede: „Bei der Strafzumessung schaffen Sie wieder einmal Gesinnungsstrafrecht pur, wenn künftig geschlechtsspezifische oder gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Tatmotive besonderes Gewicht erhalten. Das passt gut in Ihr Weltbild mit seinen Opfern und genauso Tätern erster Klasse und zweiter Klasse.“

Freitag, 23. Juni 2023

Debatte zur Fachkräfteeinwanderung

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben einen Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung“ angenommen. Deutschland bekomme „das modernste Einwanderungsrecht der Welt“, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu Beginn der Debatte. „Das ist ein guter Tag für die Bundesrepublik Deutschland“, befand sie. Fast zwei Millionen offene Stellen habe es Ende 2020 gegeben. Der Mangel an Fachkräften, so Faeser weiter, gelte als eine der größten Wachstumsbremsen für die Wirtschaft in Deutschland. Daher sei der Gesetzentwurf, der nach den Worten der Ministerin im parlamentarischen Verfahren „noch besser“ gemacht worden sei, „ein Riesenschritt für die Zukunft unseres Landes“. Es sichere hierzulande den Wohlstand. Norbert Kleinwächter sagte dazu für die AfD-Fraktion: „Offensichtlich sind Ihnen 305 000 ausreisepflichtige Personen noch nicht genug. Ja, Deutschland braucht Fachkräfte, aber Deutschland braucht die Fachkräfte nicht aus dem Ausland.“ Aus Sicht von Norbert Kleinwächter sorgt das Gesetz dafür, „dass jeder reinkommt, aber keiner rausfliegt“. Die in der Tat benötigten Fachkräfte brauche Deutschland nicht aus dem Ausland, sagte Kleinwächter. Der Bundesagentur für Arbeit zufolge seien rund 780.000 offene Stellen in Deutschland gemeldet. Dem stünden 5,5 Millionen Leistungsberechtigte im Bürgergeld gegenüber, von denen 3,9 Millionen erwerbsfähig seien. 2,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahre seien arbeitslos. Zudem habe die Regierung seit 2014 2,5 Millionen „sogenannte Flüchtlinge ins Land geholt“, sagte der AfD-Abgeordnete. Es gebe nicht zu wenig Leute im Land. „Wir haben das Problem, dass wir viel zu viele Menschen im Land haben, die sich nicht sozialisieren, nicht qualifizieren und auch nicht integrieren – außer in unser Sozialsystem.“ Nun solle es auch noch den Spurwechsel für diejenigen geben, „die gar nicht da sein dürften“.

Keine Mehrheit erhielt der Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Technisierung statt Zuwanderung – Für einen Arbeitsmarkt der Zukunft“. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen zurückgewiesen.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Rezession

Der Bundestag hat einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Die drohende Rezession stoppen und ökonomisches Wachstum für deutsche Unternehmen und Bürger generieren“ abgelehnt. Die AfD-Fraktion forderte die Bundesregierung darin auf, bis Ende Juni 2023 ein Bürokratienteilungsgesetz vorzulegen. Damit sollten kleine und mittelständische Unternehmen von Berichts- und Auditierungspflichten nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz freigestellt werden. Indem Anreize für Unternehmen geschaffen werden, weiter in Deutschland zu produzieren, sollte der „bereits stattfindenden Deindustrialisierung“ hierzulande Einhalt geboten werden, verlangten die Abgeordneten. Gefordert wurde außerdem, die Abwanderung hochqualifizierter deutscher Ingenieure, Wissenschaftler und Facharbeiter ins Ausland zu stoppen, indem „Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsbedingungen und wertschöpfende Arbeitsplätze“ geschaffen werden.

Bernd Schattner sagt in seiner Rede: „Wir als AfD-Bundestagsfraktion haben in diesem Antrag konkrete Vorschläge unterbreitet, wie wir Wirtschaftswachstum generieren und den Wohlstand zurück in unser Land bringen.“ „Während die Grünen die deutsche Bevölkerung in allen Bereichen gängeln, schalten sie die CO2-neutralen Atomkraftwerke aus und Kohlekraftwerke wieder an,“ so Schattner weiter.



STEPHAN
BRANDNER

Kommende Termine

Sprechstunde



Juni
28

**Wahlkreisbüro
Gera**

Anmeldung und Informationen
unter kontakt@brandner-im-bundestag.de



STEPHAN BRANDNER

Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Gera - Greiz und das Altenburger Land



Der Deutsche Bundestag zu Gast in Gößnitz

21.8. bis 25.8.2023
Stadthalle Gößnitz



AfD

WAHLKAMPF- VERANSTALTUNG

mit den Kandidaten Ludwig Mechler,
Wolfgang von Eyb, Andre Lihl und dem
stellv. Bundessprecher Stephan Brandner



Stephan Brandner,
stellv. Bundesvorsitzender

19. August 2023 13:00 bis 16:00 Uhr
Unterer Markt Würzburg



**STEPHAN
BRANDNER**

Entdecken Sie Berlin!

EINLADUNG IN DAS POLITISCHE BERLIN

14.8.-16.8.2023

**ANMELDUNG UND ALLE INFORMATIONEN
UNTER HG@BRANDNER-IM-BUNDESTAG.DE**



**STEPHAN
BRANDNER**



**STEPHAN
BRANDNER**

#BRANDNERUNTERWEGS



24.06.2023
Wahlkampf-
endspurt!
Internationale
Presse in der
Spielzeugstadt
Sonneberg!



25.06.2023
beim Treffen des
Bundesvorstandes
mit den
Landesvorständen im
wunderschönen
Thüringen

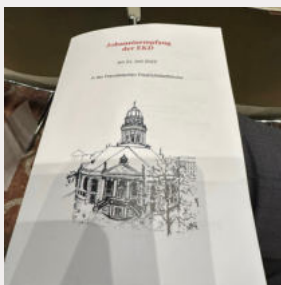


24.06.2023
Infostand in
Gera

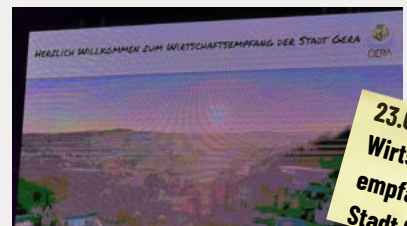
20.06.2023
Pressekonferenz
in Berlin



24.06.2023
Jugendrotkreuz -
Landes-
begegnung



21.06.2023
Johannesempfang
der EKD!
Französischen
Friedrichstadt-
kirche am
Gendarmenmarkt



23.06.2023
Wirtschafts-
empfang der
Stadt Gera



STEPHAN
BRANDNER

10

Wir stehen an Ihrer Seite

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
E-Post: kontakt@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Di bis Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: goessnitz@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do und Fr: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Altenburg
Kesselgasse 25
04600 Altenburg
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
E-Post: altenburg@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Mi: 10-17 Uhr



Wahlkreisbüro Zeulenroda
Schleizer Straße 8
07937 Zeulenroda-Triebes
Tel.: 03 66 28 - 96 35 02
E-Post: zeulenroda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo und Do: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Sömmerda
Weißenseer Straße 8
99610 Sömmerda
Tel.: 0 36 34 - 69 22 888
E-Post: soemmerda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Mo: 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Apolda
Ritterstraße 4
99510 Apolda
Tel.: 0 36 44 - 83 20 468
E-Post: apolda@
brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Fr: 10-14 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.twitter.com/stbrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnermdb
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd

Stellen Sie Ihre Fragen bei Abgeordnetenwatch

Möchten Sie mich finanziell unterstützen?

Kreisverband Jena-Gera-SHK
Sparkasse Jena Saale-Holzland
IBAN: DE42 8305 3030 0018 0346 75
BIC: HELADEF1JEN
Verwendungszweck: Stephan Brandner

Sie haben Fragen an mich?

Schnell über
www.abgeordnetenwatch.de
stellen und auch andere davon
profitieren lassen!

www.stephan-brandner.de



Stephan Brandner
Platz der Republik 1
11011 Berlin



**STEPHAN
BRANDNER**

11